
Wiesbaden, den 8. Dezember 2022

Tag der Menschenrechte: Bildung als Menschenrecht und Basis für Demokratie in Zeiten multipler Krisen wichtiger denn je!!!

Am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Darin enthalten: Artikel 26 mit dem Recht auf Bildung. Dies ist Auftrag und Verpflichtung zugleich!

*„Um den Kreislauf der Armut nachhaltig zu durchbrechen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen, bedarf es einer hochwertigen und kostenfreien Bildung weltweit. Durch die COVID-19-Pandemie hat sich die Situation weltweit dramatisch zugespitzt. 500 Millionen Schülerinnen und Schüler hatten während der Schulschließungen keine Möglichkeit, am Online-Unterricht teilzunehmen. Dazu kommen rund 260 Millionen Kinder in Krisenregionen und auf der Flucht, die nicht zur Schule gehen können. Das Ziel 4 der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (**Sustainable Development Goals SDG, Ziel 4.1**), bis 2030 allen Kindern und Jugendlichen weltweit eine inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung zu ermöglichen, wird die Weltgemeinschaft nach heutigem Stand krachend verfehlen“, so Dr. Kambiz Ghawami, Vorsitzender des World University Service (WUS).*

Neben dem grundlegenden Recht auf Bildung ist auch auf die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit hinzuweisen, die immer mehr Hochschulen weltweit ereilt. Zu den Merkmalen rechtspopulistischer Bewegungen im 21. Jahrhundert gehört die anti-intellektuelle Haltung im Namen des „Volkes“, die sich als Generalverdacht gegenüber Wissenschaft und Lehre äußert. Angriffe auf Hochschulen wurden in diesem Jahr unter anderem aus Afghanistan, Äthiopien, Bangladesch, Belarus, China, Hong Kong, Eritrea, Iran, Myanmar, Nigeria, Pakistan, Türkei und Zimbabwe berichtet, mit willkürlichen Entlassungen und Inhaftierung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber auch von Studierenden. Nicht wenige der suspendierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierenden leben, arbeiten und studieren nun u. a. in Deutschland im Exil.

„Damit Länder eine langfristige Zukunftsperspektive entwickeln und demokratische Prozesse funktionieren können, bedarf es mündiger und informierter Bürgerinnen und Bürger. Bildung und Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung ist immer auch Bildung für Demokratie, sowohl hier in Deutschland als auch weltweit“, stellt Dr. Ghawami fest. „Bildung wirkt Ohnmachtsgefühlen und Zukunftsängsten in Zeiten multipler Krisen entgegen. Die Komplexität der Gegenwart kann als Chance begriffen werden. Dies gilt für die Länder des Südens wie auch des Nordens“, so Dr. Ghawami abschließend.